Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Waldshut-Tiengen,
19. Juni 2023

Beginn der Sitzung: 18:15 Uhr
Ende der Sitzung: 21:15 Uhr

Ort: Waldshut, Öffentliche
Stadthalle Sitzung

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Dr. Frank gibt es zum Protokoll der letzten Sitzung keine Einwände. Dr. Frank kündigt eine Änderung der Tagesordnung an: Der ursprüngliche TOP 10 „§ 2b Umsatzsteuergesetz – Information und Stand der Umsetzung“ und der TOP 8 „Klettgau-Gymnasium Tiengen – Erweiterungsbau: Entscheidung Glasaufbau“ werden zuerst behandelt.

Oberbürgermeister Dr. Frank berichtet über die vorangegangene Sitzung des Verwaltungs- und Sozialausschusses sowie des Bau- und Umweltausschusses.

50.

Fragestunde

Ein Bürger gibt eine Stellungnahme ab. Er sehe einige Sachen im Argen und fragt sich, warum der Gemeinderat nicht produktiv mit dem Oberbürgermeister zusammenarbeite.

Ein Bürger gibt ebenfalls eine Stellungnahme zum Handeln des Gemeinderates ab.

Ein Bürger fragt, ob der Gemeinderat denke, dass die Stadt durch das Handeln des Gemeinderates als Arbeitgeberin attraktiver werde.

Oberbürgermeister Dr. Frank weist mehrfach darauf hin, dass die Fragestunde für Fragen aus der Bevölkerung und nicht für Stellungnahmen gedacht sei. Die Bürger hätten allerdings ein Recht auf Äußerung – deshalb würden die Stellungnahmen unkommentiert zur Kenntnis genommen.

51.

§ 2b Umsatzsteuergesetz Information und Stand der Umsetzung

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in das Thema ein und begrüßt die Projektgruppe § 2b UStG bestehend aus Lisa Albrecht, Daniela Eckert und Gerd Schönle.

Gerd Schönle erklärt anhand einer Präsentation den § 2b Umsatzsteuergesetz. Daniela Eckert ergänzt, was die Projektgruppe bisher getan habe und wie das weitere Vorgehen aussehe. Herr Schönle und Frau Eckert beantworten Fragen aus dem Gremium.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Stand der Umsetzung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG).

Ergebnis:

Kenntnisnahme

Klettgau-Gymnasium Tiengen

Erweiterungsbau: Entscheidung Glasaufbau

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in das Thema ein und begrüßt Carmen Urban, Hochbauamtsleiterin. Carmen Urban erläutert die Thematik anhand einer Präsentation und beantwortet Fragen aus dem Gremium.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, bemängelt die Kosten in Höhe von 3,6 Millionen für die Sanierung eines „Gewächshauses“. Er fragt, ob ein normales oder schräges Dach mit seitlichen Fenstern in Frage kommen würde. Carmen Urban erklärt, dass dies die Charakteristik des Gebäudes zerstören würde. Einfach etwas auf das Glasdach aufzubauen sei schwierig, Verbesserungsmöglichkeiten würden aber überprüft. Harald Würtenberger stellt klar, dass es für ihn keine Rolle spiele, ob die Charakteristik des Gebäudes erhalten werde.

Stadtrat Armin Arzner, CDU-Fraktion, ist der Meinung, dass das Projekt angegangen werden müsse. Ein reiner Glasaufbau sei jedoch aus seiner Sicht der falsche Ansatz.

Stadträtin Claudia Linke, GRÜNE-Fraktion, fragt, wie eine Photovoltaik-Anlage auf einem Glasdach umgesetzt werden kann, ohne dass sich der Charakter der Baulichkeit verändert. Carmen Urban erklärt, dass es Elemente gebe, die in das Glas integriert seien und so auch eine benötigte Verschattung erzeugen würden.

Holger Hasse, Steybe Controlling, erläutert, dass das Glasdach aufgrund des Urheberrechts nicht einfach ersetzt werden könne. Es müsse zunächst um Erlaubnis gefragt werden. Eine Kontaktaufnahme mit dem ursprünglichen Architekten sei bisher allerdings gescheitert. Der Hintergrund der Photovoltaik-Anlage im Glasdach sei unter anderem Beschattung – dies sei zwanghaft auf der Südhälfte des Daches vorgesehen. Da das Glasdach sehr filigran sei, könne darauf keine anderweitige Verschattung angebracht werden. Diese sei allerdings notwendig, um die heißen Temperaturen im Gebäude zu senken. Die grundsätzliche Entscheidung sei nun, welche Variante gewählt wird: Ein kompletter Neubau oder zunächst ein Stahlaufbau, der in ein paar Jahren bei einer Zwangssanierung im Weg stünde. Holger Hasse beantwortet weitere Fragen aus dem Gremium.

Stadtrat Dieter Flügel, SPD-Fraktion, sieht die Dringlichkeit, das Dach in einem Schwung auf den neusten Stand der Technik zu bringen. Auch Stadtrat Waldemar Werner, CDU-Fraktion, plädiert für einen kompletten Neubau des Daches, damit nicht in ein paar Jahren erneut daran gearbeitet werden müsse. Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, spricht sich ebenfalls für eine Sanierung des Glasdaches aus.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Glasaufbau auf dem Dach des Erweiterungsbau zu erneuern. Das Vorsehen einer PV-Anlage ist seit dem 01.01.2023 obligatorisch. Details wird das Projektteam bestimmen. Auf Basis des vorliegenden Variantenstudiums werden Kosten entstehen zwischen 3,07 Mio. € und 3,605 Mio. € brutto, die in den Haushalten 2024 und 2025, nach Abschluss der Leistungsphase 3 HOAI (Entwurfsplanung) zu berücksichtigen sind.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

53.

Volkshochschule Waldshut-Tiengen Jahresbericht 2022 und Jahresprogramm 2023/2024

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in das Thema ein und begrüßt Martina Erdmann und Cindy Fehrenbacher von der Volkshochschule Waldshut-Tiengen. Frau Erdmann und Frau Fehrenbacher stellen gemeinsam anhand einer Präsentation das vergangene Jahr und die zukünftigen Planungen der vhs vor. Sie beantworten Fragen aus dem Gremium.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt den vhs-Bericht des Jahres 2022 zur Kenntnis und beschließt das Konzept des neuen Jahresprogramms für den Zeitraum September 2023 bis August 2024 wie vorgestellt.
2. Der Gemeinderat stimmt dem vhespresso – Konzept zu.
3. Der Gemeinderat stimmt der Pro-Kopf-Pauschale für Online – Angebote zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

54.

Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028 Beschluss der Vorschlagsliste

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in das Thema ein und erläutert die Sitzungsvorlage.

Nach weiterer Erörterung.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die von der Verwaltung vorgeschlagene Liste als Vorschlagsliste der Stadt Waldshut-Tiengen zur Schöffenwahl für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Stadträtin Petra Thyen hat wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Oberbürgermeister Dr. Frank übergibt die Sitzungsleitung für den nachfolgenden Tagesordnungspunkt wegen Befangenheit an Stadtrat und 1. Oberbürgermeister-Stellvertreter Peter Kaiser und begibt sich in den Zuhörerraum.

55.

Oberbürgermeisterwahl 2023 55.1 Festlegung der Regularien für die Vorstellung der Bewerber/-innen

Stadtrat und 1. Oberbürgermeister-Stellvertreter Peter Kaiser führt in das Thema ein und erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, regt an, dass die Moderation der Veranstaltungen durch eine externe Person durchgeführt werden sollte. Peter Kaiser merkt an, dass der

Vorsitz des Gemeindevwahlausschusses sich neutral zu verhalten habe. Auf Nachfrage von Peter Kaiser gibt es hierzu aus dem Gremium keine weiteren Bedenken.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, bittet darum, in der Fragerunde zu beachten, dass die Länge der Redebeiträge in etwa gleichlang ist.

Julia Ritz, Hauptamt, weist darauf hin, dass die Veranstaltung in Waldshut aufgrund eines Wasserschadens in der Stadthalle eventuell in das katholische Gemeindehaus in Waldshut verlegt werden müsse. Stadtrat Dieter Flügel, SPD-Fraktion, bittet um Prüfung eines anderen Ortes, da das Gemeindehaus zu klein sei. Norbert Bodmer, Hauptamt, beschreibt die Situation und erläutert, dass mit Maßnahmen schnellstmöglich begonnen werden müsse. Eventuell könne auch die Stadthalle Waldshut genutzt werden. Die Verwaltung sagt zu, eine Lösung mit genügend Kapazitäten zu finden.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass die am 11. und 12. Juli 2023 stattfindenden Vorstellungen der Bewerber/-innen jeweils um 19:00 Uhr beginnen.

Des Weiteren legt der Gemeinderat fest, dass alle Bewerber/-innen maximal 15 Minuten Redezeit erhalten, um sich in Abwesenheit der anderen Bewerber/-innen vorzustellen. Anschließend findet eine Fragerunde mit einer Dauer von einer Stunde bei gleichzeitiger Anwesenheit aller Bewerber/-innen durch Fragen der anwesenden Zuschauer/-innen statt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

55.2 Wahl einer weiteren stellvertretenden Vorsitzenden des Gemeindevwahlausschusses

Stadtrat und 1. Oberbürgermeister-Stellvertreter Peter Kaiser führt in das Thema ein und erläutert die Sitzungsvorlage.

Die Fraktionsvorsitzenden schlagen Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, zur Wahl der 2. Stellvertretenden Vorsitzenden des Gemeindevwahlausschusses vor.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass Dr. Philipp Studinger 1. stellvertretender Vorsitzender des Gemeindevwahlausschusses ist. Als 2. stellvertretende Vorsitzende wird Petra Thyen gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Wahl

Gegen eine offene Wahl wurden keine Einwände erhoben.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger hat aufgrund von Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Oberbürgermeister Dr. Frank übernimmt die Sitzungsleitung wieder.

56.

Erhalt Status Quo und Erweiterung Linienverkehr Bündel Nord-Ost

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in das Thema ein und berichtet über die Vorberatung im Verwaltungs- und Sozialausschuss, der Zustimmung empfehle.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, eine Vereinbarung mit der SBG über die zusätzlichen Fahrten im Bündel „Nord-Ost“ wie in der Vorlage beschrieben einzugehen und die Kosten hierfür zu tragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

57.

Förderung Waldtor-Hort

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in das Thema ein und begrüßt die Vertreter des Waldtor-Hortes, Frau Jehle und Herrn Bomans.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger berichtet über die Vorberatung im Verwaltungs- und Sozialausschuss, welcher Zustimmung empfehle.

Stephanie Meyer, Hauptamt, merkt an, dass in der Sitzungsvorlage das falsche Sachkonto genannt sei, richtig sei das Sachkonto 4318000.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, das Betriebskostendefizit des Waldtor-Hortes im Jahr 2023 zu übernehmen, um den Bestand der Einrichtung zu sichern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

58.

**Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben
Interaktive Touch-Displays für diverse Schulen**

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in das Thema und begrüßt Norbert Bodmer, Hauptamt.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die überplanmäßigen Mittel im Rahmen des Digitalpaktes entsprechend der Anlage zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

59.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VEP) und örtliche Bauvorschriften "Hospiz", Gemarkung Tiengen im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a Baugesetzbuch (BauGB):

Aufstellungsbeschluss

Oberbürgermeister Dr. Frank führt in das Thema und begrüßt Herrn Karg, Herrn Riede und Herrn Wieland sowie Susanne Kaufmann, Bauverwaltungsamt.

Frau Kaufmann führt in das Thema ein und erläutert anhand einer Präsentation die Sitzungsvorlage. Herr Karg ergänzt den Vortrag und führt das Thema weiter aus. Herr Riede erläutert den geplanten Hospiz-Bau. Gemeinsam beantworten sie Fragen aus dem Gremium.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Hospiz“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB. Das Bauleitplanverfahren wird nach § 13 a BauGB im beschleunigten Verfahren durchgeführt. Von der Durchführung einer Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB wird hierbei abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

60.

Spenden

Oberbürgermeister Dr. Frank verliest Spenden gemäß beigefügter Zusammenstellung.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die Entgegennahme und Weiterleitung der in beigefügter Zusammenstellung aufgeführten Spenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

61.

Bekanntgaben

Es gibt keine Bekanntgaben.

62.

Verschiedenes

Wasserschaden Stadthalle

Oberbürgermeister Dr. Frank erläutert, dass ein Wasserschaden in der Stadthalle Waldshut entstanden sei. Die Versicherung werde die Kosten für die Beseitigung des Schadens übernehmen. Carmen Urban berichtet, dass an Fronleichnam in der Küche unter dem Waschbecken Wasser ausgetreten sei. Die Nutzung der Halle müsse nun geprüft werden.

Illegale Müllentsorgung

Reiner Jehle, Baubetriebshof, berichtet über das Problem der illegalen Müllentsorgung im Stadtgebiet. Der Baubetriebshof sei täglich mit vier Mitarbeitern unterwegs, um Müll zu sammeln. Dabei kämen vier bis sechs Kubikmeter zusammen. Bei den Mülleimern werde vermehrt auch privater Müll abgeladen, das habe in den letzten drei bis vier Jahren zugenommen. Insbesondere an Orten mit wenig Platz zur Mülllagerung, z.B. in der Kaiserstraße, nehme die illegale Müllablagerung zu. Auch bei den Altglascontainern werde sehr viel abgeladen, unter anderem Kühlschränke. Oberbürgermeister Dr. Frank ergänzt, dass es meist Zeugen gebe, diese aber häufig nicht genannt werden wollen.

Ortsvorsteher Claudio Helling berichtet, dass die Ortschaften dasselbe immense Problem haben. Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, spricht ein Dankeschön an Herrn Jehle und Herrn Albrecht aus, dass auf dem Aarberg innerhalb von ein paar Tagen Mülleimer angebracht wurden.

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, merkt an, dass Herr Otte von den Klettgau-Cleaners den Bauhof sehr lobe. Es seien Unmengen an Müll, die entsorgt werden müssten. Außerdem werde im Wildgehege sehr viel Müll produziert. Er wünsche sich, dass gemeinsam darüber gesprochen wird, wie das verhindert werden kann.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, bittet darum, das Wildgehege Waldshut auf eine der nächsten Tagesordnungen aufzunehmen. Im Wildgehege würden sippenartige Feste gefeiert, aufgrund derer Familien mit Kindern nicht mehr der eigentlichen Nutzung des Wildgeheges nachgehen könnten. Außerdem sei das Wildgehege zusehends vermüllt.

Schlüchtbrücke Gurtweil

Theo Merz, Tiefbauamtsleiter, berichtet, dass in der März-Sitzung darüber informiert wurde, dass die Ausschreibung des Stahlüberbaus kein annehmbares Ergebnis gebracht habe und diese darum aufgehoben wurde. Danach sei eine beschränkte Ausschreibung geplant gewesen. In der April-Sitzung sei der Wunsch nach einer Aluminiumbrücke aus dem Gremium geäußert worden. Dabei wurden zwei Dokumente von möglichen Anbietern an die Sitzungsleitung übergeben.

Theo Merz habe das Gespräch mit einem der Anbieter gesucht und Gespräche geführt. Zu dem genannten Richtpreis würden einige Kosten hinzukommen, zum Beispiel Rohraufhängungen unter der Brücke. Eine Aluminium-Überbauung der Brücke sei zwar möglich, es wären jedoch Anpassungsarbeiten nötig. Außerdem hinzukommen würden Transportkosten und Kosten für den Kran. Auch der Warenpreis für eine Aluminiumbrücke könne erst nach konkreten Planungen benannt werden.

Der Umstieg auf eine Aluminiumbrücke würde bedeuten, dass mit der Entwurfsplanung erneut begonnen werden müsste. Es müsste eine erneute Entscheidung des Gemeinderates herbeigeführt werden und eine statische Bemessung durchgeführt werden. Aufgrund dieser Entwurfsplanungen könnten dann seriöse Kostenplanungen vorgelegt werden. Der Förderantrag müsste ebenfalls neu eingereicht werden. Dieses komplette Verfahren würde lange dauern, ca. 12 Monate.

Bei der beschränkten Ausschreibung für den Stahlüberbau wurden 16 Stahlbauunternehmen angefragt, 11 davon hätten abgesagt, da es dieses Jahr nichts mehr werde. 5 Firmen hätten zugesagt, dass sie sich an einem Ausschreibungsverfahren beteiligen werden.

Ortsvorsteher Claudio Helling dankt Theo Merz für seine Arbeit und der Fraktion der Freien Wähler für ihre eingebrachten Ideen. Der Ortschaftsrat habe über das Thema beraten und ein neues Verfahren würde alles verzögern. Das Material sei grundsätzlich egal, aber eine Brücke müsse her. Er wäre darum dankbar, wenn an dem Projekt drangeblieben werde und z. B. bis zum Jubiläum im nächsten Jahr eine Brücke stehen würde.

Bürgerfragestunde

Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion, bemängelt, dass die Bürgerfragestunde für eine Rüge am Gemeinderat missbraucht worden sei. Das Statement des Gemeinderates in der Sitzung am 15. Mai sei ein Hilferuf an die Verwaltungsspitze gewesen, weil Sorge bestanden habe, dass eine kompetente Beigeordnete verloren gehe. Es habe sich dabei nicht um Gruppenzwang und Wahlkampf gehandelt. Sie wünsche sich, dass bei zukünftigen Statements der Oberbürgermeister-Stellvertreter reagieren kann und das Gremium nicht denunziert wird.

Feuerwehrgerätehaus Kita

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, fragt, was die Maßnahme Feuerwehrgerätehaus mit Kita kostet und ob die Zahlen dem Gremium mitgeteilt werden. Oberbürgermeister Dr. Frank erklärt, dass die Verwaltung die Zahlen aufbereiten werde. Frau Urban arbeite mit Hochdruck daran.

Stadtrat Dieter Flügel, SPD-Fraktion, bedankt sich bei Frau Urban für ihre Arbeit beim Bau des Feuerwehrgerätehauses in Waldshut und fragt, wann der Einzug der Feuerwehr geplant sei. Carmen Urban erklärt, dass die Feuerwehr erst einziehe, wenn alles fertig sei. Einer der Hauptgründe sei, dass die Leitzentrale noch nicht eingerichtet sei. Aktuell gebe es noch einige Prozesse, die nicht in der Hand der Verwaltung liegen würden. Bisher seien erst wenige Abnahmen geschehen, darum sei dies nicht der Verwaltung zu verschulden. Der Oberbürgermeister habe sehr dabei geholfen, auf den Architekten entsprechend Druck aufzubauen, wofür sie sich ausdrücklich bedankt und überhaupt für die durch Herrn Dr. Frank erfahrene Unterstützung. Zu den Kosten erklärt Frau Urban, dass zunächst die Eröffnung im Fokus gestanden habe und sie Zeit finden müsse, um sich nur um die Kosten zu kümmern. Es gebe allerdings keine Schieflage der Kosten.

Stadtrat Waldemar Werner, CDU-Fraktion, fragt, ob es Gedanken zur weiteren Entwicklung der Fläche zwischen Feuerwehrgerätehaus und SBG gebe. Oberbürgermeister Dr. Frank erklärt, dass es aktuell noch keine konkreten Planungen gebe.

Waldemar Werner spricht zudem ein Lob an das Bauamt aus, dass der Apell, den Gehweg in der Breitenfelder Straße breiter zu machen, sehr schön umgesetzt worden sei.

Multisportfeld Gurtweil

Ortsvorsteher Claudio Helling berichtet, dass im Zuge des Erweiterungsbaus der Grund- und Werkrealschule in Gurtweil die öffentliche Nutzung des Multifunktionssportfelds stets zugesagt wurde. Nun sei diese in Zukunft nur noch durch die Schule möglich. Dies liege an Einwohnereinsprüchen, die nach Meinung von Herrn Helling an frühen Fehlern im Bebauungsplan liegen würden. Er könne nicht akzeptieren, dass innerhalb der Projektgruppe kommuniziert werde, dass die Ortschaft das Problem nicht schneller gelöst habe.

Claudio Helling berichtet außerdem, dass der Bauantrag eines Schnellrestaurants aufgenommen sei. Aus dem Ortschaftsrat sei angeregt worden, der Erweiterung aufgrund der Müllproblematik nicht zuzustimmen. Er fordert die Verwaltung auf, sich Gedanken über eine Verpackungssteuer zu machen.

Oberbürgermeister Dr. Frank stellt richtig, dass er der Ortschaft nie eine Schuld zugewiesen habe. Seine Einlassung sei als Bedauern zu verstehen, dass es nicht innerörtlich möglich gewesen sei, eine einvernehmliche Lösung zu finden. Susanne Kaufmann, Bauverwaltungsamt, erläutert anhand einer Präsentation das frühere Bebauungsplanverfahren in Gurtweil.

Claudio Helling stellt klar, dass die Beschlussfassungen im Ortschaftsrat dem Gremium vorgetragen und Stellungnahmen abgegeben worden seien. Der Tenor sei stets gewesen, dass die Nutzung des Sportfeldes allen zur Verfügung stehen solle. Er fragt sich, weshalb der Ortschaftsrat bei Problemen nicht früher eingebunden wurde – der Ortschaftsrat habe durch die Verwaltung keine Informationen erhalten und ohne diese konnte keine Lösung gesucht werden.

Silke Ostermann, Baurechtsamt, erklärt, dass bei Einwendungen gegen einen Bauantrag dieser von Seiten der Stadt nicht weiter bearbeitet werden dürfe. Das Regierungspräsidium entscheide dann an Stelle der Stadt. Sie habe mit dem zuständigen Sachbearbeiter des Regierungspräsidiums gesprochen, welcher den Antrag als vollständig ansehe. Die Baugenehmigung werde frühestens in 2 Monaten erteilt.

Stationäre Blitzer

Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion, bittet um Prüfung der Einrichtung festinstallierter Blitzer in der Rheinstraße und der Gurtweiler Straße, da dort insbesondere nachts großer Lärm herrsche und die Radargeräte zur Steigerung der Verkehrssicherheit beitragen würden.

Kita-Eröffnung in Eschbach

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, lobt das tolle Fest zur Eröffnung des Kindergarten St. Pankratius in Eschbach. Es sei allerdings schade, dass von Seiten der Stadtverwaltung niemand anwesend gewesen sei.

Harald Würtenberger bedankt sich bei Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion für ihre Stellungnahme zur Bürgerfragestunde.

gez.

Dr. Philipp Frank,
Oberbürgermeister

gez.

Julia Ritz,
Protokollführerin